

Weisung nach Gutsherrenart

Versandkönig Otto ist ins Visier der amerikanischen Justiz geraten. Der Unternehmer soll die Probleme seiner insolventen US-Tochter zu lange verschwiegen haben.

Früher schien Michael Otto, 60, das Glück gepachtet zu haben. Wann immer der eher scheue Patriarch des Hamburger Otto-Versands vor die Öffentlichkeit trat, konnte er mit guten Nachrichten aufwarten: Die Umsätze stiegen schneller als bei der Konkurrenz. Das Auslandsgeschäft florierte. Selbst der Verkauf übers Internet brach alle Rekorde.

Der Hanseat galt als guter Unternehmer und noch besserer Mensch, der für den Regenwald ebenso kämpft wie gegen Kinderarbeit in Asien. In jüngster Zeit jedoch häufen sich die Misserfolge: Die Konsumflaute drückt auf das Versandgeschäft. Der geplante Verkauf der Computerfirma Acetebis platzte. Der Versuch, ins Lebensmittelgeschäft einzusteigen, ging völlig daneben.

Nun stehen dem Chef des größten Versandhandelskonzerns der Welt peinliche Auseinandersetzungen mit der US-Justiz bevor, die nicht nur das Image des Vorzeigemanagers beschädigen, sondern auch das auf rund sieben Milliarden Euro geschätzte Vermögen des Otto-Clans schwer belasten könnten. Die Gläubiger des ins Schlingern geratenen US-Ablegers Spiegel Inc. fühlen sich getäuscht. Die Aktionäre fordern Schadensersatz. Die US-Finanzaufsicht SEC hat die Firma wegen Verstößen gegen die Börsenvorschriften verklagt.

Der Firmenchef selbst mag das Debakel nicht kommentieren. Otto ist nach einer Reise im Auftrag des World Wide Fund For



Versandhauschef Otto: „Geschockt und entsetzt“

Nature, bei dem er als Präsident des Stiftungsrates amtiert, abgetaucht – „auf einen fernen Kontinent, wo es keine Handynetze gibt“, heißt es in der Zentrale.

Dabei ist der Fall an sich weitgehend dokumentiert. Im Auftrag eines US-Gerichts hat der Washingtoner Anwalt Stephen J. Crimmins einen gigantischen Dokumentenwust von mehr als 800 000 Seiten durchforstet und noch vor der ersten Verhandlung mit allen Beteiligten gesprochen. Im Juni vergangenen Jahres schon befragte er im US-Konsulat in Hamburg auch Michael Otto persönlich. In seinem 215 Seiten starken Gutachten rekonstruiert Crimmins Aufstieg und Fall des amerikanischen Otto-Ablegers fast wie in einem Krimi.

Die Familie Otto hatte das traditionsreiche Versandhaus Spiegel Inc. 1982 übernommen. 1987 verkauften sie elf Prozent an Kleinaktionäre ohne Stimmrecht. Spä-

ter schluckte Spiegel Inc. auch noch die Modekette Eddie Bauer und die First Consumers National Bank (FCNB).

Obwohl die Gruppe offiziell nie in den Hamburger Konzern eingegliedert wurde, feierte Otto den US-Ableger gern als Wachstumsmotor seines globalen Imperiums. Ende der neunziger Jahre jedoch geriet das US-Geschäft ins Stocken.

Bei ihrer verzweifelten Suche nach Wegen, den Verkauf wieder anzukurbeln, stießen die Manager in der Spiegel-Zentrale in Downers Grove bei Chicago auf die Zauberformel „easy credit“.

Mit gigantischen Werbeaktionen streute Spiegel Kunden- und Kreditkarten unters Volk. Ohne genauere Prüfung der Bonität konnten die Karteninhaber

damit nach Herzenslust in den Eddie Bauer-Läden einkaufen und aus den Spiegel-Katalogen bestellen. Damit die Kredite nicht die Bilanzen befleckten, reichte die FCNB sie an diverse Spezialinstitute weiter, die dafür entsprechende Sicherungen bekamen.

Die Aktion war ein voller Erfolg – zunächst. Schon bald kauften 70 Prozent der Spiegel-Kunden mit den neuen Kreditkarten. Die Umsätze schossen in die Höhe, die US-Manager genehmigten sich fette Erfolgsprämien, und in Hamburg lobte Otto die „besonders erfolgreiche Entwicklung“ seiner US-Tochter.

Doch weil die FCNB zeitweise ganz auf Bonitätsprüfungen verzichtet haben soll, lockte der leichte Kauf auf Pump auch jene Kunden an, die bei anderen Banken längst keinen Kredit mehr bekamen. Auf dem Höhepunkt, so der Crimmins-Bericht,

konnten mehr als 20 Prozent der Schuldner ihre Raten nicht mehr bezahlen.

Im Laufe des Jahres 2001 wurde die Lage dadurch immer brenzlicher. Damit die Banken die drohende Gefahr nicht bemerkten, sollen die Spiegel-Manager, so der Crimmins-Bericht, klammheimlich bestimmte Berechnungsmethoden geändert und sogar die Kreditverträge gebrochen haben.

Die Trickereien halfen nur kurze Zeit. Nachdem bereits 2001 bei einem Umsatz von 3,3 Milliarden Euro ein Verlust von 663 Millionen Euro angefallen war, wurde Anfang 2002 das Geld bedrohlich knapp. Auch die Wirtschaftsprüfer von KPMG wurden hellhörig und drohten mit einem Vermerk in der Bilanz, dass es „substanzielle Zweifel über die Zukunft des Unternehmens“ gebe.

Von all den Turbulenzen bekamen weder die freien Spiegel-Aktionäre noch die Banken etwas mit. Denn im November 2001 hatte die Versandhaus-Gruppe zum letzten Mal die vierteljährlich vorgeschriebenen Börsenmitteilungen veröffentlicht und dann 15 Monate lang geschwiegen. Erst im Februar 2003 gab es wieder Zahlen – aber da war es schon zu spät.

Mit Schulden von 1,6 Milliarden Euro meldete Spiegel Inc. vier Wochen später ein Konkursverfahren an.

Die „ausschlaggebenden Entscheidungsträger“ für die Verschleierungstaktik, so ermittelte Gutachter Crimmins, „saßen in Deutschland“, genauer: in der Hamburger Otto-Zentrale. Spätestens bei einem siebenstündigen Krisenmarathon am 31. Mai 2002 habe auch Firmenchef Otto das ganze Ausmaß des Desasters über die US-Tochter erfahren und sei „geschockt und entsetzt gewesen“, wie Teilnehmer der Runde dem US-Ermittler erzählten.

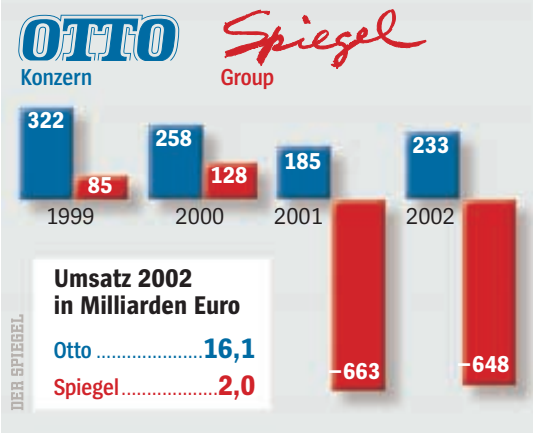
Trotz klarer Warnungen der Juristen, heißt es im Crimmins-Report, hätten die Otto-Manager ihren Kollegen in Amerika aber „verbieten, die überfälligen Börsenberichte zu veröffentlichen“. Nicht einmal die drohende Verbannung von der US-Börse Nasdaq, die Mitte 2002 vollzogen wurde, habe die Deutschen von ihrem Geheimniskrämer-Kurs abgebracht. Eine Veröffentlichung mit dem Warnhinweis der KPMG, so das Kalkül der Otto-Manager, hätte die Lage noch verschärft und Lieferanten abgeschreckt.

In der Hoffnung, die sinkende Firma doch noch über Wasser halten zu können, überwies Otto lieber 180 Millionen Euro aus seinem Privatvermögen nach Amerika. Auch das nutzte nichts. Die Banken weigerten sich, die Kreditlinien zu verlängern.

Die Weisung nach Gutscherrenart mag in der Zentrale eines deutschen Familien-



Gewinn/Verlust in Millionen Euro



konzerns möglich sein, aber nicht bei einem börsennotierten US-Unternehmen. Zwar bestreitet Otto, ausreichend über die rechtlichen Konsequenzen seiner Hinhaltetaktik informiert worden zu sein. „Mein Klient“, sagt Ottos New Yorker Anwalt Lawrence Iason, „wollte keinen Betrug begehen und niemanden hintergehen.“ Doch damit werden sich die US-Gläubiger kaum zufrieden geben.

Denn der Crimmins-Report gibt den Gläubigern, allen voran der Commerzbank mit einer Forderung von 103 Millionen Dollar, eine Waffe in die Hand, mit der sie sich womöglich am Spiegel-Hauptaktionär Michael Otto schadlos halten können.

„Dieser Bericht enthält Informationen, die wir unmöglich ignorieren können“, sagt David LeMay, einer der Gläubiger-Anwälte. Und mit einem Lächeln macht er dann auch gleich klar, dass Otto zumindest aus seiner Sicht nicht mehr viel Spielraum hat.

Entweder der Hamburger Familienclan lenkt ein und begleicht die Schulden der amerikanischen Katalogfirma aus eigener Tasche, oder LeMay und seine Kollegen verklagen ihn. Es geht um Verletzung der Aufsichtspflicht und um Missachtung der treuhänderischen Aufgaben. Es geht auch um möglichen Betrug.

Noch halten sich die US-Anwälte zurück. Als Vorgeschmack darauf, was kommen kann, haben sie bislang lediglich dafür gesorgt, dass rund 28 Millionen Euro, die Otto noch in den USA hatte, auf einem Treuhänderkonto eingefroren wurden. Doch das, sagt LeMay, sei „nur ein kleines rechtliches Scharmützel gewesen“ verglichen mit dem, was noch ansteht.

JAN FLEISCHHAUER, KLAUS-PETER KERBUSK